



DGB COE – IG Bau FK Havixbeck FI Nottuln

Zum Anti-Kriegstag 2020:

## „Sicherheit neu denken!“

**Kundgebung im Kreis Coesfeld:**

**Do., 3.9.2020 16.30 Uhr Rathaus Nottuln, Stiftsplatz 7/8**

In Anlehnung an den Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) rufen wir zum 1. September 2020 alle Bürgerinnen und Bürger (in Nottuln und) im Kreis Coesfeld dazu auf, sich jetzt für die Zukunft zu engagieren:

### **Nie wieder Krieg! In die Zukunft investieren statt aufrüsten!**

Der Antikriegstag 2020 ist ein besonderer Tag der Mahnung und des Erinnerns. Das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas und der Welt vom Faschismus jähren sich zum 75. Mal. Am 1. September 1939 begann dieser Weltkrieg mit dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen.



75 Jahre nach Kriegsende liegt es an uns, die Erinnerung an diese zahllosen Toten wachzuhalten und der Millionen von Holocaust-Opfern zu gedenken. Und wir müssen die Erinnerung daran wachhalten, dass Deutschland angesichts der Menschheitsverbrechen der Nazis besondere Verantwortung für den Frieden trägt.

#### ➤ **Entspannung und Abrüstung statt atomarer Aufrüstung!**

Wir erleben derzeit, wie eine Politik der Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit kaputtgemacht wird. Wir leben in einer Welt, die immer stärker aus den Fugen gerät. Nationalismus und Militarismus greifen wieder um sich und setzen eine neue Spirale der Aufrüstung in Gang. 75 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki im August 1945 erreicht der nukleare Rüstungswettlauf ungeahnte Ausmaße. Alle neun Atomkräfte stecken Unsummen in die Modernisierung ihrer Nukleararsenale und Anfang des nächsten Jahres könnte mit dem russisch-amerikanischen „New Start“-Vertrag das letzte verbliebene Rüstungskontrollregime für Atomwaffen auslaufen. Auch deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass die deutsche Bundesregierung sich weiterhin weigert, den UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen zu unterzeichnen. Und - Die 20 US-Atombomben in Büchel (Eifel) müssen endlich abgezogen werden!

#### ➤ **Geld in Gesundheit und Bildung statt in die Rüstung investieren!**

Welche Dimensionen das Wettrüsten inzwischen erreicht hat, zeigen die aktuellen Zahlen. Die globalen Rüstungsausgaben belaufen sich inzwischen auf 2 Billionen US-Dollar. Die deutsche Bundesregierung spielt dabei eine unrühmliche Vorreiterrolle. Deutschland ist nicht

nur viertgrößter Rüstungsexporteur weltweit, sondern ist bei den Ländern mit den meisten Rüstungsausgaben auf den siebten Platz vorgerückt. Wenn die Bundesregierung die NATO-Zielvorgabe erfüllen würde, zwei Prozent des deutschen BIP für Verteidigung auszugeben, so könnte dies eine weitere Erhöhung des Wehretats um mehr als 20 Milliarden Euro bedeuten.

### ➤ **Armut und Fluchtursachen engagiert beseitigen!**

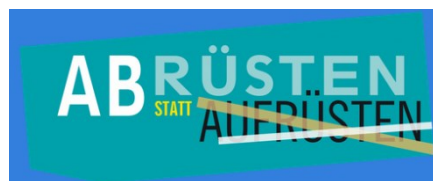
Die Corona-Krise führt drastisch vor Augen, wie verantwortungslos diese Geldverschwendung ist. Besonders deutlich zeigt sich dies im Globalen Süden. So sind etwa in vielen Ländern Lateinamerikas große Bevölkerungsteile schutzlos dem Virus ausgesetzt, weil es an einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung fehlt und die dortige Zwei-Klassen-Medizin Angehörige der Ober- und Mittelschicht privilegiert. Gleichzeitig sind die Rüstungsausgaben in der Region in jüngster Zeit stark angestiegen – Geld, das für den dringend nötigen Ausbau der Gesundheits- und Sozialsysteme fehlt. Aber auch im Falle Deutschlands legt die Corona-Krise schonungslos offen, wie gravierend die Fehlverteilung öffentlicher Mittel ist. Im Bundeshaushalt 2020 waren ursprünglich 12 Prozent der Ausgaben für den Verteidigungsetat vorgesehen, während nur ein Drittel davon in das Gesundheitssystem fließen sollte.

### ➤ **„Sicherheit neu denken!“ Gemeinsam und global in Zukunft investieren!**

Es ist höchste Zeit für eine Wende! Die Pandemie, der Klimawandel, die Digitalisierung – all diese gewaltigen Herausforderungen bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und vergrößern die soziale Ungleichheit. Wir müssen gegensteuern! Dafür sind neben einem starken und solide finanzierten Sozialstaat immense öffentliche Investitionen nötig – in Gesundheit und Pflege, in unser Bildungssystem, in eine sozial-ökologische Gestaltung der Energie- und Verkehrswende, in die kommunale und digitale Infrastruktur und in den sozialen Wohnungsbau. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich endgültig von der Zwei-Prozent-Vorgabe der NATO zu lösen und die für Rüstungsausgaben vorgesehenen Mittel in ein sozial gerechtes Deutschland und Europa mit nachhaltigen Zukunftsperspektiven zu investieren.

**Wir rufen dazu auf, sich an diesen Aktionen zu beteiligen:**

➤ <https://abruesten.jetzt>



➤ [https://www.ekiba.de/html/content/szenario\\_sicherheit\\_neu\\_denken.html](https://www.ekiba.de/html/content/szenario_sicherheit_neu_denken.html)



**Sicherheit neu denken**

Von der militärischen  
zur zivilen Sicherheitspolitik –  
Ein Szenario bis zum Jahr 2040